

Das Doppel-Nein der SP ist verantwortungslos

GASTBEITRAG VON PHILIPP MÜLLER*



Die Nachricht: Die SP-Geschäftsleitung hat am 21. Juni verlautbaren lassen, dass sie ihrem Parteitag ein doppeltes Nein empfehlen wird – Nein zur Ausschaffungsinitiative und Nein zum Gegenvorschlag.

Der Kommentar: Damit spricht sich die Parteileitung der SP Schweiz für ein Laissez faire bei der Ausländerkriminalität und gegen eine kon-

sequente Integrationspolitik aus. Nicht anders lässt sich der Entscheid der SP-Oberen deuten, sowohl die Ausschaffungsinitiative als auch den vom Parlament in der Juni-Session beschlossenen Gegenvorschlag dem SP-Parteitag von Ende Oktober zur Ablehnung zu empfehlen.

Mit dem Nein zum Gegenvorschlag profiliert sich die SP als äusserst unzuverlässige politische Kraft, wenn es um die Umsetzung eines Parlamentsentscheides geht, der auch von einer Mehrheit der SP-Fraktion mitgetragen worden ist. Gleichzeitig werden all jene SP-Parlamentarier und Parlamentarierinnen ins Abseits gestellt, die mitgeholfen haben, dass der Ausschaffungsinitiative ein griffiger Gegenvorschlag entgegengestellt werden kann. Mit dem darin enthaltenen Integrationssteil wurde ein Kernanliegen der SP aufgenommen. Damit können die zweifellos vorhandenen Probleme im Bereich der Ausländerkriminalität sowohl mit Repression als auch mit Integration angegangen werden.

Die Haltung der SP ist verantwortungslos und grenzt an Realitätsverweigerung. Die Ausschaffungsinitiative der SVP hat ein Anliegen aufgenommen, welches berechtigt ist und dringenden Handlungsbedarf aufzeigt. Seit langer Zeit bietet die jährlich erscheinende polizeiliche Kriminalstatistik das gleiche Bild: Zunahmen gegenüber dem Vorjahr bei den Körperverletzungen, den Freiheitsberaubungen, der Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte, beim Raub und bei Delikten gegen die sexuelle Integrität.

Die Gesamtzahl der erfassten Straftaten sinkt, aber die Zahl der Gewaltdelikte steigt stetig an. Ein überproportionaler Anteil der schweren Delikte wird von Ausländern mit Wohn-

sitz in der Schweiz verübt. Die Parlamentsmehrheit ist denn auch klar zum Schluss gekommen, dass Ausländer ihr Aufenthaltsrecht in der Schweiz verlieren sollen, wenn sie sich nicht an unsere Rechtsordnung halten und das Gastrecht missbrauchen.

Das geltende Recht belässt den Gerichten einen zu grossen Spielraum, wenn es um die Anordnung der Wegweisung aus der Schweiz geht. Dies hat zu einer kantonal sehr unterschiedlichen Anwendungspraxis geführt. Das ist zu korrigieren, indem festgeschrieben wird, dass bei schweren Delikten eine zwingende Ausweisung aus der Schweiz zu erfolgen hat.

Die SVP hat diesen Ball aufgenommen und am 15. Februar 2008 die eidgenössische Volksinitiative «für die Ausschaffung krimineller Ausländer» (Ausschaffungsinitiative) mit über 200 000 Unterschriften eingereicht. Innert kürzester Zeit ist diese hohe Unterschriftenzahl gesammelt worden. Das ist ein überdeutlicher Wink mit dem Zaunpfahl. Die Politik ist gefordert, diesen Wink aufzunehmen und zu handeln.

Auf welche Weise dies geschehen soll, wird nun die Volksabstimmung vom 28. November 2010 klarstellen. Der Souverän wird dann sowohl über die Ausschaffungsinitiative als auch über den Gegenvorschlag zu entscheiden haben, der so weit geht, wie es die völkerrechtli-

chen Bestimmungen zulassen. Angesichts der Entwicklung im Bereich der Ausländerkriminalität ist es unschwer vorherzusagen, dass mindestens eine dieser Vorlagen, wenn nicht gar beide, vom Souverän angenommen werden.

Wer hier den Kopf in den Sand steckt, wird mit den Zähnen knirschen, wenn das Volk am 28. November dieser Haltung der SP eine Abfuhr erteilt und sowohl der Ausschaffungsinitiative wie auch dem Gegenvorschlag zustimmt. Gut möglich, dass dann beim Stichentscheid die Ausschaffungsinitiative mehr Stimmen macht. Mit ihrer Parole jedenfalls schwächt die SP die Chancen des Gegenvorschlages, bei der Stichfrage zu obsiegen. Damit verhilft die SP auch ihrem Kernanliegen, einer konsequenten Integrationspolitik, zum Absturz. Über so viel Widersprüchlichkeit kann man sich nur noch wundern.

* Philipp Müller ist Aargauer FDP-Nationalrat.

«Mit ihrer Parole schwächt die SP die Chancen des Gegenvorschlages, bei der Stichfrage zu obsiegen.»